Nach Den Haag: Dort hat der Internationale Strafgerichtshof sich für zuständig erklärt, Ermittlungen in den Palästinensergebieten zu führen. Die BADISCHE ZEITUNG lobt die Richter:

"Der Strafgerichtshof hat nach über sechsjährigen Beratungen endlich entschieden, Verfahren wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten zu eröffnen - ein großer Fortschritt. Denn die Menschenrechtsnormen, die nach 1945 vereinbart wurden, gelten universell und ausnahmslos für alle. Und wichtig: Die Entscheidung des IStGH ist nicht einseitig gegen Israel gerichtet",

hebt die BADISCHE ZEITUNG aus Freiburg hervor.

Diesen Aspekt greift auch die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG auf:

"Israel hat als Besatzungsmacht in den palästinensischen Gebieten unabhängige Ermittlungen zu befürchten. Denn Vergehen ihrer Soldaten werden nicht immer geahndet. Aber auch die radikalislamische Hamas, die aus dem Gazastreifen mit Raketenangriffen Israel terrorisiert, muss mit Ermittlungen rechnen. Nur wenn der Strafgerichthof gegen beide Seiten unvoreingenommen agiert, stellt die Institution ihre Unabhängigkeit unter Beweis",

so die Einschätzung der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG.

Auch die Zeitung HAARETZ aus Tel Aviv äußert sich erfreut:

"Nicht wenige Israelis im Militär und im politischen Establishment werden in den kommenden Monaten zu schwitzen beginnen. Erfahrene Anwälte werden angeheuert werden, um sie zu verteidigen. Einige von ihnen werden Angst haben, ins Ausland zu reisen, aus Angst vor Verhaftung. Das ist eine gute Nachricht. Vielleicht fangen sie auf diese Weise an, anders über ihre Handlungen nachzudenken. Vielleicht werden sie aus Angst vor Strafverfolgung in Zukunft zurückhaltender agieren. Mindestens 1.000 unschuldige Zivilisten wurden während der Operation "Protective Edge" getötet; mehr als 200 unbewaffnete Demonstranten starben am Grenzzaun zu Gaza; jede Siedlung ist ein Kriegsverbrechen. Vielleicht werden jetzt Staatsanwälte und Richter aus Gambia, Benin und Frankreich das tun, was unser ach so geschätzter und erhabener Oberster Gerichtshof - zu seiner Schande - nie gewagt hat",

hofft die israelische HAARETZ.